

ES LÄUFT IN BERLIN!
**ABER WIRD DIE STADT AUCH AN
ALLEN STELLEN GUT GEMANAGT?**

**PLÄDOYER FÜR EIN BESSERES STADTMANAGEMENT:
EFFIZIENT, EFFEKTIV, SCHNELL UND MIT KREATIVER
OFFENHEIT**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
SAMSTAG, 30. MAI 2015**

CDU

FRAKTION
BERLIN

1 **ES LÄUFT IN BERLIN! ABER WIRD DIE STADT AUCH AN ALLEN**
2 **STELLEN GUT GEMANAGT?**

3 *Plädoyer für ein besseres Stadtmanagement: Effizient, effektiv, schnell und*
4 *mit kreativer Offenheit*

5 **Überblick**

6	Es läuft in Berlin! Aber wird die Stadt auch an allen Stellen gut gemanagt?	1
7	Überblick	1
8	Vorbemerkung.....	2
9	Es läuft in Berlin – mit besserem Stadtmanagement die nächste Stufe nehmen	3
10	Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin: Schnelle Verwaltung, guter Service.....	5
11	Praxisbeispiel Verkehrsfluss: Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin -	
12	Verkehrslenkung und Baustellenkoordination.....	10
13	Praxisbeispiel Sauberkeit: Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin –	
14	Berlin ist einfach sauberhaft.....	15
15	Zusammenfassung.....	19
16	Schnelle Verwaltung, guter Service.....	20
17	Funktionierendes Berlin – Verkehrslenkung und Baustellenkoordination.....	21
18	Funktionierendes Berlin – Berlin ist einfach sauberhaft	23

19 **Vorbemerkung**

20 Seit der Regierungsbeteiligung der Berliner CDU wurde in der Stadt in vielen Politikfeldern
21 erfolgreich ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Das (Zwischen-)Ergebnis kann sich sehen
22 lassen:

23 Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ist genauso wie die Konjunkturprognosen
24 bundesweit Spitze. Die Zahlen der Baugenehmigungen wie auch der Fertigstellungen von
25 neuen Wohnungen haben Höchststände erreicht. Berlin freut sich über die höchste
26 Beschäftigungsquote seit 20 Jahren und annähernd 100.000 Erwerbstätige mehr in dieser
27 Legislatur.

28 Wir haben die Bildungspolitik in Berlin wieder entideologisiert und zum Wohl von Kindern,
29 Schülern und Eltern wichtige Entscheidungen umgesetzt. Der Elternwille findet im
30 Schulalltag wieder stärker Berücksichtigung.

31 Nach Jahren des rot-roten Stellenabbaus wurden und werden wieder zusätzliche
32 Polizisten, Feuerwehrleute und weiteres Sicherheitspersonal in Berlin eingestellt. Jeder
33 Bürger hat einen unabdingbaren Anspruch auf körperliche Unversehrtheit; auf jeder
34 Straße, auf jedem Bahnhof und auf jedem Platz. Dies ist und bleibt die erste staatliche
35 Aufgabe der Daseinsvorsorge, weil es ohne Sicherheit keine Freiheit geben kann.

36 Dabei achten wir auf eine solide Finanzpolitik. Seitdem die CDU wieder
37 Regierungsverantwortung trägt, hat Berlin keinen einzigen Euro an neuen Schulden
38 aufgenommen. Ganz im Gegenteil: 1,3 Milliarden Euro Schulden wurden getilgt, denn wir
39 sparen und investieren in Berlin. Dieses Leitbild haben wir auch mit dem Sondervermögen
40 „Infrastruktur für die wachsende Stadt“ umgesetzt. Mit dem Jahresüberschuss 2014 haben
41 wir annähernd eine halbe Milliarde Euro Schulden getilgt und ebenfalls ca. eine halbe
42 Milliarde Euro zusätzliche Investitionen in die Stadt sichergestellt.

43 **Es läuft in Berlin – mit besserem Stadtmanagement die nächste** 44 **Stufe nehmen**

45 Der grundsätzliche Rahmen für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Stadt ist also
46 gesetzt. Heute kann die Hauptstadt stolz von sich sagen: Die Trendwende ist geschafft:
47 Dem Dreiklang aus Stärkung der Wirtschaft, Festigung der Sicherheit und einer
48 ideologiefreien Bildungspolitik bleibt die CDU-Fraktion Berlin auch weiterhin verpflichtet.

49 Es läuft gut in Berlin. Die Stadt entwickelt sich positiv und hat eine große Anziehungskraft.
50 Und die Auswirkungen des eingeleiteten Paradigmenwechsels verbessern die
51 Lebenssituation in der Stadt ganz konkret. „Da kann man nicht meckern!“, wie der Berliner
52 sagt. Oder manchmal doch? Auch wenn sich die Situation für die Stadt verbessert, ärgern
53 sich die Berlinerinnen und Berliner in ihrem Alltag über viele Missstände, über handfeste
54 Themen, die in der Stadt nicht schnell oder gut genug umgesetzt werden. Bei denen der
55 Eindruck entsteht, dass beim Stadtmanagement noch „Luft nach oben“ ist, hin zu mehr
56 Effizienz, Effektivität, Schnelligkeit und kreativer Offenheit.

57 Die Berliner klagen über lange Wartezeiten in den Bürgerämtern, dreckige Parks und
58 schlechte Straßen, Unternehmen beschwerten sich über eine mangelhafte
59 Baustellenkoordination. Die CDU-Fraktion Berlin will dafür Sorge tragen, dass sich die
60 Lebensqualität der Berliner weiter verbessert, im direkten Umfeld, über die großen Linien
61 hinaus auch im - vermeidlich - Kleinen: Handfest und konkret.

62 Wir machen uns Gedanken darüber, wie man mit Berlin noch besser umgehen kann. Dabei
63 mahnen wir an, die Schnittstellen besser zu managen, denn in Berlin besteht weniger stark
64 ein Erkenntnisproblem als leider häufig genug ein Umsetzungsdefizit. Wie kann und soll
65 sich die öffentliche Hand zukunftsorientiert aufstellen? Wie kann der berechtigte
66 Anspruch der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen Berlins auf eine effizient
67 arbeitende und bürgernahe Verwaltung umgesetzt werden? Welche modernen,
68 transparenten und technologisch zeitgemäßen Verwaltungsstrukturen und -prozesse sind
69 dabei zu berücksichtigen?

70 Das Stadtmanagement auf die nächste Stufe zu heben, bedeutet auch, neben der
71 Verwaltung der Stadt auch die Bürger in die Pflicht zu nehmen und ihnen Verantwortung

72 in Mitverantwortung anzuvertrauen. Die Berliner sind eben nicht (nur) Verbraucher der
73 Stadt, sondern werden als Produzenten der Stadt, als Gestalter und Entwickler ernst
74 genommen. Zwei Themenfelder, Sauberkeit und Verkehrsfluss, stehen als Praxisbeispiele
75 Pate für die Notwendigkeit eines besseren Stadtmanagements. Die zuständigen
76 Verwaltungen (insbesondere Stadtentwicklung und Finanzen) sind aufgefordert, hier
77 konsequenter Lösungswege zu beschreiten - und gegebenenfalls neue zu gehen.

78 **Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin:**

79 **Schnelle Verwaltung, guter Service**

80 Bis zum Jahr 2030 erwartet Berlin mit 250.000 zusätzlichen Bürgerinnen und Bürgern im
81 Saldo einen Zuwachs, der dem einer mittelgroßen deutschen Stadt entspricht. Dieses
82 Bevölkerungswachstum ist gleichermaßen Chance und Herausforderung, denn die
83 Menschen in Berlin, ob „alt eingesessen“ oder „neu zugezogen“, haben ein Anrecht darauf,
84 dass ihre Stadt funktioniert.

85 Sei es bei der zeitnahen Terminfindung in den Bürgerämtern der Stadt oder bei der
86 Nutzung von Online-Verwaltungsangeboten. Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist dies
87 nur mit einer **hinreichenden Zahl an Personal in der Berliner Verwaltung** möglich. Mit der
88 CDU in der Regierungsverantwortung wurde bereits eine Abkehr vom „Dogma der
89 100.000“ erreicht. So wurden für die Jahre 2012 bis 2015 Personalzugänge im Umfang von
90 etwa 3.100 Vollzeitäquivalenten anerkannt. Die Senatsverwaltungen wurden außerdem
91 auf Initiative der CDU aufgefordert, zusätzliche Personalbedarfe aufzulisten, welche im
92 Rahmen der Personalentwicklung ab dem Doppelhaushalt 2016/2017 umgesetzt werden
93 sollen.

94 Zusätzliche Stellen müssen insbesondere dort geschaffen werden, wo die Berlinerinnen
95 und Berliner ihre Stadt „hautnah“ erleben, etwa im Bereich des Polizei- und Justizdienstes,
96 des Schulwesens sowie bei den direkten Bürgerservices. Um dem demographischen
97 Wandel in der Berliner Verwaltung, im Sinne einer alternden Belegschaft, Rechnung zu
98 tragen, ist es darüber hinaus zentral, altersgerechte Jobs zu schaffen. Hierdurch soll die
99 Leistungs-willigkeit der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und gesteigert
100 werden. Denn der Handlungsdruck ist hoch: Im Jahr 2013 waren über fünfzig Prozent der
101 Beschäftigten in der Berliner Hauptverwaltung älter als 50 Jahre und in den nächsten sechs
102 Jahren werden deutlich mehr als 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienst
103 ausscheiden.

104 Neben der reinen personellen Aufstockung muss die **Attraktivität des öffentlichen**
105 **Dienstes in der Berliner Verwaltung erhöht werden**. Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher
106 ein neues und modernes Arbeitsklima, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden und

107 zu halten. Hierzu müssen etwa die vorhandenen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit
108 zwischen Beruf und Familie sowie Pflege verstärkt und weiterentwickelt werden. Darüber
109 hinaus ist zu klären, welche Anreizsysteme notwendig sind, um die erforderlichen
110 Änderungen umzusetzen. Dazu zählen etwa familien- und karrierefremdliche
111 Arbeitszeitmodelle sowie räumliche Flexibilität. Auch an der Verwaltungsaus- und -
112 weiterbildung müssen wir ansetzen und diese vor dem Hintergrund künftiger digitaler
113 Herausforderungen verbessern, etwa durch den Ausbau von elektronischen
114 Weiterbildungsangeboten, sogenanntem „E-Learning“ – eine in der Privatwirtschaft heute
115 schon sehr gängige Praxis.

116 Ein einheitliches Personalentwicklungskonzept für die Berliner Verwaltung mit
117 Mindestanforderungen für Qualifizierungen und Feedback-Gespräche zwischen
118 Mitarbeiter/innen und Vorgesetzten ist notwendig. Unser erklärtes Ziel ist, dass die
119 Berliner Verwaltung eine auf Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein fußende
120 Führungs- und Unternehmenskultur entwickelt!

121 Um auch in Zukunft zu bestehen, muss die **Berliner Verwaltung ihre**
122 **Wettbewerbsfähigkeit im Wettstreit um qualifizierte Fachkräfte stärken**. Denn unsere
123 Stadt steht im sogenannten „War for Talent“ nicht nur in Konkurrenz mit der freien
124 Wirtschaft, sondern auch mit dem Bund und anderen Bundesländern. Neben den zuvor
125 genannten Anreizsystemen ist es aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin unumgänglich, eine
126 angemessene und kompetitive Bezahlung in der Berliner Verwaltung durchzusetzen.
127 Denn: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiden seit Jahren unter erheblicher
128 Arbeitsbelastung bei gleichzeitigem Lohnrückstand gegenüber anderen Bundesländern.
129 Zwar konnte Berlin hier seit 2012 unter Regierungsbeteiligung der CDU bereits aufholen,
130 doch wir sind erst zufrieden, wenn die Entgeltstrukturen und -höhen in der Berliner
131 Verwaltung wieder dem bundesweiten Niveau angepasst werden – als Zeichen der
132 Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Berliner
133 Verwaltung!

134 Die Berliner Bürgerämter stellen die zentrale Schnittstelle zwischen der Verwaltung auf
135 der einen Seite und den Bürger/innen und Gewerbetreibenden auf der anderen Seite dar.
136 Im Alltag existieren hier jedoch häufig Reibungen. So ist es etwa schwer vermittelbar, dass
137 in verschiedenen Bezirken für identische Dienstleistungen unterschiedliche

138 Bearbeitungszeiten benötigt werden. Um den gestiegenen Anforderungen an die
139 Verwaltung gerecht zu werden, **bedarf es daher einer besseren Organisation der**
140 **Bürgerämter**. Wir dürfen die Berliner Verwaltung, und speziell die Bürgerämter, nicht
141 vorrangig aus der Perspektive Kosteneffizienz betrachten, sondern als
142 Servicedienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen! Vor diesem
143 Hintergrund setzt sich die CDU-Fraktion Berlin insbesondere für eine bedarfsgerechte
144 Personalplanung ein, die über festgelegte Personalzielzahlen hinausgeht. Um die
145 Bürgerämter zu entlasten, sprechen wir uns außerdem für die organisatorische
146 Zusammenfassung gewisser (administrativer) Aufgaben in einem sogenannten „Shared
147 Service Modell“ aus. So können verschiedene Ressourcen, die vorher auf mehrere
148 Einheiten verteilt waren, gemeinsam genutzt werden. Konkrete Anwendungsbeispiele
149 hierfür sind standardisierte Programme für Aufnahme- und Auswahlverfahren oder die
150 Lohnbuchhaltung. Da Diversität eine der größten Vorzüge unserer Stadt ist, ist uns bei
151 allen Bestrebungen jedoch wichtig, eine hohe Eigenverantwortung der Bezirke zu
152 gewährleisten – denn diese kennen die individuellen Bedarfe und Probleme am besten.

153 Eine bessere Organisation der Bürgerämter lässt sich aus unserer Sicht allerdings nur
154 erreichen, wenn wir eine **technologiegetriebene Reform der Berliner Verwaltung** anstoßen
155 und umsetzen – gerade im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Veränderung in der
156 Privatwirtschaft. Einen Grundstein hierfür haben wir mit unserer Digitalen Agenda für
157 Berlin gelegt, die Anstoß für den durch den Senat vorgelegten Entwurf für ein Berliner E-
158 Government-Gesetz ist. Dieser soll in Bezug auf die zentrale Steuerung der Digitalisierung
159 durch einen CIO mit zentraler Budgetverantwortung und die Stärkung der IT-Sicherheit
160 durch einen IT-Sicherheitsbeauftragten (CISO) ergänzt werden. Uns ist jedoch bewusst,
161 dass hier noch eine ganze Menge zu tun ist – etwa im Hinblick auf die IT-Ausstattung in
162 der Berliner Verwaltung: Von den rund 75.000 IT-Arbeitsplätzen sind aktuell erst ca. 12
163 Prozent standardisiert. Daneben existiert eine Vielzahl von wenig aufeinander
164 abgestimmten, teilweise veralteten Einzellösungen. Das erklärte Ziel der CDU-Fraktion
165 Berlin ist vor diesem Hintergrund, dass ab dem Jahr 2016 alle neu angeschafften IT-
166 Arbeitsplätze standardisiert sind. Wir verringern so Sicherheitsrisiken, etwa durch
167 mögliche Hacker-Angriffe, verbessern die Arbeitssituation der
168 Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und senken Kosten, etwa durch eine
169 einheitliche Wartung.

170 Berlin ist eine anerkannte Stadt im Bereich der Software- und Technologieentwicklung.
171 Wir werden dieses nutzen, um einen Fachbeirat für moderne und bürgerfreundliche
172 Verwaltung zu schaffen. Dieser berät die Verwaltung bei der Gestaltung und
173 Digitalisierung der Bürgerprodukte und Verwaltungsprozesse. Ebenso wird ein jährlicher
174 Wettbewerb für die bürgerfreundlichste App ausgelobt und mit einem
175 Realisierungsversprechen unterlegt.

176 Auch bei den Verwaltungsprozessen müssen wir ansetzen: Es reicht nicht, bestehende
177 Verwaltungsprozesse bloß elektronisch abzubilden. Den größtmöglichen Nutzen für
178 Verwaltungsmitarbeiter/innen und Bürger/innen können wir nur schaffen, wenn wir die
179 Verwaltungsprozesse basierend auf den Möglichkeiten, die IT und Software bieten, neu
180 denken und gestalten. Die Verwaltungsprozesse müssen zudem „medienbruchfrei“
181 konzeptioniert werden, sodass etwa ein bestimmtes Fachverfahren durchgehend
182 elektronisch bearbeitet werden kann – von der Eingabe am PC bis zur elektronischen
183 Ablage. Hierfür sind sowohl in der Hauptverwaltung, als auch den Bezirken die
184 notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist
185 es unser erklärtes Ziel, die unzähligen Aktenwagen in der Berliner Verwaltung endlich zu
186 entsorgen! Denn nur mit der elektronischen Akte (kurz E-Akte) wird die Berliner
187 Verwaltung in die Lage versetzt, einen digitalen, einheitlichen und ganzheitlichen Blick auf
188 die Verwaltungsvorgänge zu haben. Zusätzlich zeigen Studien und bereits erfolgte
189 Implementierungen im europäischen Ausland Effizienzgewinne, etwa durch die Entlastung
190 der Mitarbeiter. Konkret sprechen wir uns für eine stufenweise Einführung der E-Akte aus:
191 Bis zum Jahr 2016 sollen sechs Behörden mit insgesamt 3.500 Arbeitsplätzen mit der E-
192 Akte ausgestattet sein. Bis 2018 sollen dann insgesamt 21.500 weitere Arbeitsplätze
193 folgen.

194 Gerade aufgrund der aktuellen Entwicklung, beispielsweise dem Hacker-Angriff auf den
195 Deutschen Bundestag, setzen wir uns außerdem dafür ein, eine Strategie für Datenschutz
196 und Datensicherheit zu entwickeln und rasch umzusetzen. Nur so können wir sicherstellen,
197 zukünftigen technologischen Entwicklungen wie etwa dem „Cloud Computing“ gerecht zu
198 werden.

199 Neben der „technologischen Kompetenz“ benötigt die Berliner Verwaltung aus unserer
200 Sicht **neue und passgerechte Projektstrukturen für wechselnde Schwerpunkte** wie

201 Großprojekte oder Krisen. Durch die Schaffung von Kompetenzzentren und
202 projektorientierten Arbeitsplätzen könnten Experten aus verschiedenen Verwaltungen
203 bedarfsweise und temporär eingesetzt werden. Das gezielte Einbringen von Fachwissen
204 befähigt die Berliner Verwaltung so schneller und effizienter zu agieren. Wir setzen uns
205 außerdem dafür ein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung
206 durch Weiterbildungen, spezielle (Experten-)Karrierepfade und gezielte
207 Personalentwicklungsmaßnahmen für das Thema Projektmanagement fit zu machen.

208 Berlin hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich begonnen, den Bürgerinnen und
209 Bürgern Verwaltungsangebote im Internet anzubieten. Schon heute werden über das
210 Portal service.berlin.de 70 verschiedene Dienstleistungen online angeboten – und mit
211 rund 4,5 Millionen Zugriffen pro Monat wird das Portal bereits gut genutzt. Wir setzen uns
212 dafür ein, **die digitalen Verwaltungsangebote weiter auszubauen**. Zu den konkreten
213 Verwaltungsverfahren, die wir auch online anbieten möchten, zählen etwa die An- und
214 Abmeldung von Kraftfahrzeugen oder die Beantragung von Anwohnerparkausweisen. Wir
215 fordern darüber hinaus die Einführung von Bürgerkonten, um eine ganzheitliche und
216 einheitliche Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung sicherzustellen.

217 Wir sprechen uns darüber hinaus für den konsequenten Ausbau der Open-Data-Initiative
218 aus: Auf dem Portal daten.berlin.de sollen alle nicht sicherheitsrelevanten öffentlichen
219 Daten wie etwa Geoinformationsdaten zur Verfügung gestellt werden. Auch hier haben
220 wir mit der Verabschiedung eines Entwurfs für ein Berliner E-Government-Gesetz bereits
221 einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan.

222 **Praxisbeispiel Verkehrsfluss:**

223 **Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin - Verkehrslenkung und** 224 **Baustellenkoordination**

225 Wie ist der Verkehr zu planen, zu organisieren und zu führen? Wie können Verkehrsabläufe
226 optimaler gestaltet werden? Welche qualitativen und quantitativen Ansprüche sind an die
227 Planung sowie den Bau und Betrieb einer Verkehrsanlage zu stellen? Auch in einer
228 Großstadt wie Berlin besteht zu Recht der Anspruch, schnell und sicher von einem Ort
229 zum Anderen zu gelangen. Ob im Individualverkehr oder mit dem öffentlichen
230 Nahverkehr, auf Straße und Schiene, mit dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Die
231 Abstimmung soll künftig stärker von einem Klima des Miteinanders statt des
232 Gegeneinanders getrieben werden. Die CDU-Fraktion Berlin sieht Bedarfe für alle
233 Verkehrsträger und lehnt das ideologische Ausspielen unterschiedlicher Verkehre ab.

234 Die notwendige Infrastruktur in angemessener Form und Güte bereitzustellen, ist die
235 Aufgabe des Landes. Mit der Verkehrslenkung Berlin erleben wir, welche nachhaltigen
236 Folgen sich vor Ort ergeben, wenn die Schnittstellen verschiedener staatlicher
237 Institutionen nicht reibungslos ineinandergreifen: Die Folge sind unnötige
238 Beeinträchtigungen im täglichen Leben. Die Ursachen hinter der unbefriedigenden
239 Situation sind weitgehend hausgemacht.

240 Sie reichen von unzureichenden Ampelsteuerungen über eine ebensolche Abstimmung bei
241 der Baustellenkoordination, den schlechten Zustand der Fahrbahnen bis hin zur lange Zeit
242 nicht bedarfsgerechten personellen Ausstattung in der Verkehrsverwaltung und der
243 zuständigen Abteilung Verkehrslenkung Berlin. Dieses massive Organisationsversagen
244 verursacht einen hohen volkswirtschaftlichen Schaden.

245 Die Verkehrslenkung Berlin sollte in ihrer organisatorischen und inhaltlichen
246 Ausgestaltung überprüft werden. Denn sowohl in den einzelnen VLB-Bereichen als auch in
247 den Bezirken hat der Koordinationsaufwand in den vergangenen Jahren massiv an
248 Komplexität gewonnen. Dennoch wurde die VLB seit Gründung im Jahr 2004 nicht
249 grundsätzlich evaluiert. Eine solche Evaluation muss Abläufe und Aufgaben kritisch
250 würdigen, aber auch einen Bestenvergleich mit anderen Städten berücksichtigen. Die

251 Arbeitsweise der Verkehrslenkung Berlin muss dringend verbessert, optimiert, effizienter
252 gestaltet werden.

253 Dringend notwendiges Personal ist nunmehr nicht nur als Planstelle, sondern auch in der
254 Realität gefunden und geschult worden. Neben der kurzfristig zu erfolgenden Besetzung
255 der weiterhin offenen Stellen, bedarf es eines mittel- und langfristig wirksamen
256 Personalkonzepts für die Verkehrslenkung Berlin, das dem ausgeprägten
257 Aufgabenportfolio die entsprechende kritische Masse an Personal gegenüberstellt. Die
258 Bereitstellung von ausreichendem – zusätzlichem - Fachpersonal und die Entfristung noch
259 befristeter Stellen zur Bewältigung der verkehrstechnischen Planungs-, Steuerungs- und
260 Koordinierungsaufgaben bleibt eine Notwendigkeit. Die Beratungen zum nächsten
261 Doppelhaushalt sind der geeignete, aber auch späteste Zeitpunkt, um die
262 Personalausstattung der VLB und der Tiefbauämter der Bezirke bedarfsgerecht
263 auszugestalten. Der Ruf nach mehr Personal kann immer nur Vorhandenes ergänzen.
264 Deshalb bedarf es auch interner Anstrengungen, die hohe Krankheitsquote innerhalb der
265 VLB zu senken und die Mitarbeiter für ihre wichtigen Aufgaben für ein funktionierendes
266 Berlin stärker zu motivieren.

267 Heute ist die sogenannte Verkehrslenkung Berlin stadtweit für eine Fülle von
268 Einzelmaßnahmen zuständig, bis hin zu der Anordnung eines einzelnen Straßenschildes
269 oder der temporären Anordnungen von Baustellen oder Verkehrsmaßnahmen für
270 Filmdreharbeiten. Viele kleinteilige Projekte der zentralen Einheit kosten aber Zeit, die für
271 die eigentliche Verkehrslenkung im Sinne der Verkehrsbeschleunigung und intelligenten
272 Verkehrsführung zur Verfügung stehen könnte. Die Verkehrslenkung subsidiär aufzubauen
273 und Entscheidungskompetenzen auch wieder den Entscheidern vor Ort – in den Bezirken –
274 zurückzugeben, kann ein überlegenswerter Ansatz sein. Nicht jedes kleinere
275 Verkehrsthema muss zentral von einer Landesbehörde bearbeitet werden. Die CDU-
276 Fraktion Berlin ist bereit, aufgabenkritisch Neuvorschläge von Zuständigkeiten
277 umzusetzen und wenn notwendig auch bestehende Landesregelungen mit dem Ziel
278 effizienterer Abläufe anzupassen.

279 Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist aufgerufen, im Einvernehmen mit den
280 Bezirken und den Bezirksämtern zu definieren, wer welche Aufgabe übernehmen kann, um
281 Abläufe zu strukturieren und Entscheidungen wie Verkehrsanordnungen zügiger treffen zu

282 können. Selbstverständlich bedarf es ausreichend Personals in den Bezirken, um die
283 Maßnahmen auch umsetzen zu können. Parallel dazu erhielt die Verkehrslenkung Berlin
284 Freiräume, sich um die wesentlichen Fragen der Verkehrssteuerung und
285 Baustellenkoordination zu kümmern.

286 Es muss auch darum gehen, detailliert den Zustand der Straßen zu erfassen und zu
287 bewerten. So können Handlungsfelder definiert werden. Darüber hinaus mahnt die CDU-
288 Fraktion Berlin eine stärkere Digitalisierung und klarere Steuerung des Verkehrsflusses
289 über technische Möglichkeiten an. Berlin kann – ja muss – dem Beispiel anderer
290 Großstädte folgen und mehr Anstrengungen in der Exzellenz der Planung und
291 Durchführung von Baumaßnahmen mit Eingriff in den Straßenverkehr beweisen. Ein
292 wesentlicher strategischer Baustein für eine Verkehrslenkung 2.0 hätte die Gestaltung der
293 Ausschreibungskriterien über die Lichtsignalanlagen (Ampeln) sein können, die die
294 Senatsverwaltung für Verkehr zum 1.1.2016 neu vergibt. Der Digitalisierungsgedanke ist in
295 den Ausschreibungsbedingungen leider nur halbherzig aufgegriffen worden. Wir
296 verbinden mit der Neuvergabe des Auftrages die Hoffnung, dass der
297 Ausschreibungsgewinner diesen Aspekt dennoch in der täglichen Arbeit berücksichtigen
298 wird.

299 Warum werden die bestehenden Ampelanlagen nicht viel stärker zur Steuerung des
300 Verkehrs genutzt? Über die Ampeln wäre eine gesamtstädtische Vernetzung möglich, die
301 zu verkehrsabhängig gesteuerten Ampelschaltungen und damit Verkehrsflüssen führen
302 kann. Zudem können intelligente Alternativroutensteuerungen (dynamische Wegweisung)
303 für ausgewählte Gebiete bzw. Strecken bei Überlastungen oder Störungen implementiert
304 werden. Für den öffentlichen Personennahverkehr ist eine verkehrsabhängige
305 Ampelschaltung und damit Steuerung des Verkehrsflusses zusätzlich sinnvoll. Die
306 mangelhaften Ampelschaltungen führen momentan nicht nur zu unnötig viel Fahrzeit,
307 sondern kosten die BVG Millionen und schädigen die Umwelt.

308 Die CDU-Fraktion Berlin erneuert den Gedanken, dass ab einer gewissen Priorität, jedoch
309 nicht bei jeder einzelnen Aufgabe, die Genehmigung von Eingriffen in den Straßenverkehr
310 und die Kontrolle über die Umsetzung der öffentlichen Baumaßnahmen in einem viel
311 stärkeren Maße digitalisiert werden sollte. Es ist sinnvoll, Netzwerk, Termin- und

312 Kostenkontrolle von Bauprozessen zu digitalisieren. Damit können Baufortschritte
313 elektronisch überwacht werden.

314 Seit vielen Jahren hat sich der Eindruck verfestigt, dass auf den Berliner Magistralen eher
315 „rote Wellen“ vorherrschen. Unbeschadet der verkehrsabhängig gesteuerten
316 Ampelschaltungen soll auf den Magistralen Berlins gelten: Die Reifen sollen rollen, alle
317 Ampeln auf Grün („grüne Welle“) statt Stopp & Go und Dauerstau.

318 Die CDU-Fraktion Berlin hält die Evaluierung der gesamten Verkehrsbeschilderung für
319 notwendig. Es kommt immer wieder vor, dass Beschilderungen im öffentlichen Raum nicht
320 immer an geänderte Regelungen bzw. Verkehrsverhältnisse angepasst wurden. Zudem
321 werden durch ständig neue Reglementierungen des Straßenverkehrs zusätzliche Schilder
322 angebracht. Dies führt zu mehr Unübersichtlichkeit und Verwirrung bei den
323 Verkehrsteilnehmern. Die Verkehrsbehörden müssen so ausgestattet werden, dass sie die
324 gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Verkehrsschauen durchführen können.
325 Überflüssige Schilder müssen abgebaut werden.

326 Millionen Euro an ausgelösten Bauaufträgen können wegen fehlender Genehmigungen
327 nicht abgearbeitet werden. Beim Sonderprogramm Schlaglochanierung bleibt
328 unverständlich, dass zwar im Haushalt Finanzierungen geleistet wurden (25 Mio. Euro pro
329 Jahr), sich die Verwaltungsbürokratie bei der Zurverfügungstellung dieser Mittel aber
330 selber lähmt. Daraus resultiert, dass in den Jahren 2013 und 2014 von den geplanten 50
331 Mio. Euro nur ein Bruchteil zielgerichtet eingesetzt werden konnte. Auch der Mittelabfluss
332 im Jahr 2015 ist unbefriedigend. Die CDU-Fraktion Berlin fordert die Finanz- und
333 Verkehrsverwaltung auf, für einen vollständigen Mittelabfluss und damit sinnhafte
334 Schlaglochanierungen im Jahr 2015 Sorge zu tragen.

335 Den Bezirken ist dabei das Anmeldeverfahren so unbürokratisch wie irgend möglich zu
336 machen. Gewährleistet werden muss die beschleunigte und bevorzugte Instandsetzung
337 kleinerer Straßenschäden, die unverhältnismäßig stark auf den Verkehr einwirken.
338 Darüber hinaus verursachen diese kleineren Schlaglöcher bei fortgesetzter
339 Nichtbeachtung überproportional hohe Schäden und Folgekosten, die es zu verhindern
340 gilt.

341 Der gesamte Organisationsprozess der Baustellenbeantragung/-koordinierung und
342 Baustellengenehmigung gehört evaluiert, die Baustellenkoordination gehört ins Internet.
343 Alle staatlichen Stellen (auch die BVG, die Wasserbetriebe usw.) müssen alle ihre
344 Vorhaben mit Umfang und Daten schon im Planungsstadium ins Internet stellen.
345 Mittelfristig soll dies automatisiert mit der städtischen Software funktionieren. Die
346 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist in der Pflicht, ihrerseits die zur Verfügung
347 stehenden Daten einzupflegen. Der Eintrag soll nicht nur aufgelistet, sondern automatisch
348 in einem Stadtplan grafisch aufbereitet werden. Auch private Bauherren sollen sich daran
349 beteiligen. Damit herrscht nicht nur Transparenz, vielmehr werden Bauunternehmen bei
350 der Suche nach Aufträgen Einsparpotenzial und Doppelungen etc. erkennen und zu ihrem
351 Vorteil und zum Nutzen der Allgemeinheit Bündelungen vorschlagen. Anwohner,
352 interessierte Bürger und Medien werden übermäßige Belastungen rechtzeitig erkennen
353 und politischen Einfluss erzeugen. Diese internetbasierte Antrags-, Genehmigungs- und
354 Dialogplattform soll die Prozesse der Baustellenkoordination qualitativ heben und
355 gleichzeitig beschleunigen.

356 Die Verkehrslenkung hat zusätzlich die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit Antragstellern,
357 den Trägern öffentlicher Belange, aber auch mit Privatpersonen und bauausführenden
358 Firmen signifikant zu verbessern. Durch einen stärkeren Austausch gewinnen die
359 Bauanträge an Qualität und können schneller entschieden werden. Die stärkere
360 Verzahnung von Antragsteller und Genehmigungsbehörde mit dem Ziel „Erst anfragen,
361 dann aufgraben“, den Infrest verfolgt, ist auszubauen. „Infrest – Infrastruktur eStrasse“ ist
362 ein Onlineportal für Ver- und Entsorger, Planer und Bauherren und Behörden. Es bietet
363 Bauunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Leitungsnetzbetreibern, Behörden und
364 privaten Bauherren mit der eStrasse eine einfache und komfortable Lösung,
365 Leitungsauskünfte und Genehmigungen für ihre Baumaßnahmen bei
366 Leitungsnetzbetreibern einzuholen und Meldungen zu versenden. Zum Ausbau der
367 Verzahnung ist ein Paradigmenwechsel bei der Verkehrslenkung notwendig: Von einer
368 Genehmigungsbehörde zum Dienstleister. Hierzu zählt auch die sinnvolle Aufgabenteilung
369 im Rahmen öffentlich privater Partnerschaften.

370 Bei allen Baumaßnahmen ist neben einer schnellen Entscheidung bis zum Baubeginn auch
371 auf eine möglichst kurze Bauzeit zu achten. In Verantwortung der bauausführenden

372 Firmen sind zur Zielerreichung Umsetzungsvorschläge für schnelleres Bauen bis hin zur
373 Einführung von Schicht- und Nachtarbeit auf Baustellen zu unterbreiten. Beim
374 Baustellenmanagement ist die grundsätzliche Umstellung auf ein Bonus-System sinnvoll.
375 Wie bei der Sanierung der AVUS im Jahr 2012 mit eindrucksvollem Erfolg getestet,
376 erhalten bauausführende Unternehmen eine Zusatzvergütung, wenn die Baustelle vor dem
377 ursprünglich verabredeten Fertigstellungszeitpunkt aufgelöst werden kann. So wird die
378 Motivation der Bauunternehmen gesteigert und gleichzeitig effizientes und schnelles
379 Management honoriert.

380 **Praxisbeispiel Sauberkeit:**

381 **Unser Ziel für ein funktionierendes Berlin – Berlin ist einfach** 382 **sauberhaft**

383 Die Berlinerinnen und Berliner ebenso wie die zahlreichen Besucher unserer Stadt haben
384 ein Recht darauf, in Sicherheit und Ordnung zu leben. Eine saubere Stadt erhöht die
385 Lebensqualität. Deshalb tritt die CDU-Fraktion Berlin entschieden für Null Toleranz
386 gegenüber Verwahrlosung des öffentlichen Raumes ein. Straßen, Plätze und Grünanlagen
387 sollen sauber und intakt sein. Denn in Anbetracht zunehmender Vernachlässigung und
388 Verschmutzung des öffentlichen Raumes ist ein intensives und effizientes Handeln
389 erforderlich.

390 Ordnung und Sauberkeit geht jeden etwas an. Die CDU-Fraktion Berlin hält eine engere
391 Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Institutionen (Grünflächenämter der
392 Bezirke, BSR, Ordnungsamt) bei der Bekämpfung von Verunreinigungen und der Pflege
393 von Grünanlagen, Bürgersteigen, Straßen und öffentlichen Anlagen für notwendig. Die
394 Berliner wollen kein Kompetenzwirrwarr bei der Sauberkeit, sondern das einheitliche
395 Bemühen aller Bezirks- und Landesinstitutionen für eine saubere Stadt. Ferner ist es für
396 ein gepflegtes Straßenbild wichtig, dass das Straßengrün nicht wuchert, sondern gepflegt
397 ist; weniger relevant ist aus Bürgerblick, welche öffentliche Institution auf Bezirks- oder
398 Landesebene diese Aufgabe übernimmt.

399 Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher den zuständigen Senator für Stadtentwicklung und
400 Umwelt auf, alle Akteure zusammenzuführen und einen (!) gemeinsamen (!) Aktionsplan

401 ausarbeiten, wie die Reinigung und Pflege öffentlicher Infrastruktur verbessert werden
402 kann. Dieser Plan soll noch im Sommer 2015 Wirkung entfalten.

403 Die Schnittstellen der Zuständigkeiten zwischen BSR und bezirklichen Grünflächenämtern
404 müssen dabei neu, klar und einfach geregelt werden. Jeder macht das, was er am besten
405 kann: Die BSR „kann sauber“ und übernimmt daher alle Reinigungsarbeiten inkl.
406 Papierkorbentleerung und inkl. „Hundetoiletten“ wie z.B. Dogstations auch in den
407 Grünanlagen. Das muss Berlin als zusätzliche Leistung bezahlen, ohne es den völlig
408 unterausgestatteten Grünflächenämtern wegzunehmen (z.B. Sondertopf „Saubere Stadt“).
409 Die bezirklichen Grünflächenämter können „gärtnern“ und übernehmen daher die
410 gärtnerischen Aufgaben wie Baumpflege, Rasenmähen, Grünflächenpflege,
411 Gärtnerausbildung etc. Dort, wo das nicht mit eigenen Leuten möglich ist, werden die
412 Leistungen an mittelständische Unternehmen aus der Region und die BSR analog des
413 momentanen Pilotversuches in Charlottenburg-Wilmersdorf vergeben. Damit die
414 Grünflächenpflege in den Bezirken verbessert ermöglicht wird, sind die vom Senat
415 zugewiesenen Gelder für Grünflächenpflege auch dort verbindlich einzusetzen und auf
416 den nachgewiesenen Bedarf zu erhöhen sowie die Übernahme von ausgebildeten Gärtnern
417 und Neueinstellungen vom Senat zuzulassen, wenn die Bezirke dies finanzieren können.

418 Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir personell in die Lage versetzen und so
419 ausstatten, dass Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Sauberkeit wirksam geahndet
420 werden können. Wir setzen uns für eine konsequentere Verhängung der Bußgelder für die
421 Verschmutzung des öffentlichen Raumes ein. Dies soll eine abschreckende Wirkung auf die
422 Wenigen entfalten, die zum Nachteil Aller unsere Straßen, Plätze und Grünflächen
423 zumüllen oder Müllbehälter und Sitzbänke zerstören.

424 Das Personal der Ordnungsämter muss sich um alle Missstände kümmern dürfen. Graffiti
425 müssen umgehend beseitigt, Graffiti-Schmierer hart und konsequent bestraft werden.
426 Nicht genehmigte Plakatierungen sowie Graffiti sollen sowohl auf öffentlichen wie auch
427 auf privaten Flächen umgehend beseitigt werden. Graffiti, illegale Plakate und
428 zerbrochene Scheiben an städtischen Gebäuden (einschließlich landeseigener Betriebe
429 und Wohnungsbaugesellschaften) sollen nach Möglichkeit binnen 24 Stunden beseitigt
430 werden. Für diese Null-Toleranz-Strategie sollen auch Unternehmen der Privatwirtschaft
431 gewonnen werden.

432 Die CDU-Fraktion Berlin hat großen Respekt vor dem vielfältigen bürgerschaftlichen
433 Engagement verschiedenster Initiativen, die sich in Mitverantwortung engagiert für ein
434 höheres gesellschaftliches Bewusstsein für mehr Sauberkeit in der Stadt kümmern. Denn
435 Ordnung und Sauberkeit gehen jeden etwas an. Stellvertretend sei die Initiative WIR
436 Berlin, die den Aktionstag für ein schöneres Berlin organisiert oder auch die Aktion „clean
437 berlin“ genannt. Viele tausend freiwillig Engagierte, nicht zuletzt im Rahmen der BSR-
438 Initiative Kehrenbürger, verdeutlichen, dass die Berliner mehr Bürgersinn haben als es die
439 öffentliche Verwaltung manchmal denkt. Sie sind motiviert und gewinnbar, wenn es um
440 die Lebensqualität in unserer Stadt geht.

441 Umso stärker bedarf ein solches Engagement der öffentlichen Unterstützung.
442 Prädestiniert für die Koordination ist die Initiative „Service in the City“, die als
443 Gemeinschaftsprojekt des Senats (Senatsverwaltung für Wirtschaft sowie
444 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt) und der Berliner Wirtschaft mit dem
445 Hauptziel der Bündelung von Organisationen und Unternehmen für mehr
446 Serviceorientierung, Internationalität und Sauberkeit etabliert wurde. Es ist
447 unverständlich, warum die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – im
448 Gegensatz zur Wirtschaftsverwaltung – ihre finanzielle Unterstützung des Projektes im
449 Jahr 2014 gestoppt hat. Die CDU-Fraktion Berlin erwartet von der
450 Stadtentwicklungsverwaltung die auskömmliche Finanzierung des Projektes im
451 anstehenden Haushaltsplanentwurf. Auch im laufenden Haushaltsjahr sind die anteiligen
452 Mittel aus dem Bereich Stadtentwicklung in Höhe von mindestens 40.000 Euro
453 bereitzustellen. Ehrenamt und Bürgersinn haben unsere Unterstützung mehr als verdient
454 und sind daher mit besonderer Priorität zu berücksichtigen.

455 Um Bürgern mehr Möglichkeiten zu geben, den öffentlichen Raum mitzugestalten und zu
456 pflegen und damit Mitverantwortung zu übernehmen, werden bestehende bezirkliche
457 Patenschafts-Initiativen für Stadtbäume und öffentliche Grünflächen stärker unterstützt.
458 Um dies in der Praxis möglichst unkompliziert umsetzen zu können, sollten bürokratische
459 Abläufe verkürzt und gegebenenfalls Bürokratien abgebaut werden. Auch hier geht es
460 darum, die Schnittstellen zwischen Bezirks- und Landesebene sowie zwischen
461 Verwaltungen und Bürgern besser zu koordinieren.

462 Die CDU-Fraktion Berlin möchte mehr niedrigschwellige Kontaktangebote schaffen, damit
463 Behörden frühzeitig erfahren, welche Orte von Vermüllung und Vandalismus betroffen
464 sind. Informationsschranken, die das schnelle Beheben des Missstandes verzögern, sollen
465 abgebaut werden. Warum sollte nicht ein Foto mit dem Smartphone ausreichen, das per
466 Mail übersendet wird und die Dreckecke mitsamt Geodaten lokalisiert? Alten Ärgernissen
467 kann auch mit neuerer Technik begegnet werden. Zusätzlich kann die Einrichtung einer
468 berlinweit einheitlichen Telefonnummer zur Meldung von Verwahrlosungstatbeständen
469 helfen. Diese baut ganzjährig als ständige Einrichtung auf einen Service der BSR auf, bei
470 dem für einen begrenzten Zeitraum Dreckecken gemeldet werden können. Um die
471 Verwaltung besser zu unterstützen und für den Bürger Transparenz über die eingeleiteten
472 Maßnahmen herzustellen, soll im Internet eine benutzerfreundliche Anlaufstelle für die
473 Meldung von Verschmutzungen und Schäden eingerichtet werden. Die Bürger sollen über
474 den Bearbeitungsstand ihrer Meldung regelmäßig die Gelegenheit haben, den
475 Umsetzungstand zu erfahren (Merker-Plattform).

476 Müll gehört in den Mülleimer – und „Eimer ist immer für Sie da“, sagt die BSR. Um das
477 Fassungsvermögen der Müllbehälter zu erhöhen, ohne das öffentliche Straßenbild zu
478 beeinträchtigen, sollen im öffentlichen Raum verstärkt moderne Müllentsorgungsanlagen
479 wie zum Beispiel Unterflurbehälter eingesetzt werden. Die turnusmäßige Erneuerung
480 einzelner Anlagen soll zur Kapazitätserweiterung genutzt werden. Zusätzlich fordert die
481 CDU-Fraktion Berlin die BSR auf, auf Grundlage eines Qualitätscontrollings die Häufigkeit
482 der Leerungen von Abfallbehältern in Abhängigkeit der Füllmengen auszurichten; in den
483 Sommermonaten sollen mehr Abfallbehälter in Berlin aufgestellt werden. Bei der
484 Neuverhandlung des Unternehmensvertrags hat die zuständige Senatsverwaltung die
485 Möglichkeit, eine echte Verbesserung bei den Sauberkeitszielen festzuschreiben.

486 Im Zusammenhang mit den Altglas-Sammelstellen (Iglus) ist gezielter darauf zu achten,
487 dass die in diesem Umfeld stattfindenden Verunreinigungen schneller beseitigt werden.
488 Dreck zieht Dreck an, deshalb ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgefordert,
489 mit dem Dualen System Deutschland (DSD) die Reinigungsintervalle der Iglus vertraglich
490 zu verkürzen. Es ist darüber hinaus zu prüfen, ob Standorte, die immer wieder besonders
491 vermüllt werden, nicht aufgegeben werden sollten. Insbesondere ist aber die
492 haushaltsnahe Entsorgung (Glaserfassung vor Ort in den Hinterhöfen, Holsystem statt

493 Bringsystem) beizubehalten und zu stärken. Sie hat sich bewährt, wirkt der Vermüllung
494 von sogenannten Iglu-Standorten entgegen und fördert die Verwertungsquote.

495 Ein ständiges Problem im Straßenbild stellen die in den allermeisten Fällen nicht
496 genehmigten Standorte von Kleidersammelboxen dar. Hier ist ein konsequenteres
497 Bekämpfen der illegalen Sammler und Beräumen der Container dringend notwendig.
498 Neben der positiven Wirkung im Stadtbild unterstützt dies auch die ehrlichen Sammler.
499 Diese leiten die Kleiderspenden tatsächlich unentgeltlich an Bedürftige weiter, statt mit
500 diesen Spenden ein Geschäftsmodell „für den schnellen Euro“ aufzubauen. Für die
501 Ehrlichen sind Orte zu schaffen, die sauber und gepflegt sind und die Kleidersammlung aus
502 dem Zwielficht herausholen. Im Umkehrschluss ist es sinnvoll, ein Verbot der Sammlung
503 auf öffentlichem Straßenland wie auf Privatgelände analog zum wilden Plakatieren
504 auszusprechen. Das Katz-und-Maus-Spiel von Ordnungsamt und Geschäftemachern ist zu
505 durchbrechen, die CDU-Fraktion Berlin will schnelle Ersatzvornahmen, also das schnelle
506 Wegräumen illegaler Boxen aus dem Stadtbild. Sofern dazu rechtliche Anpassungen
507 notwendig sind, sind diese zu vollziehen. Die Bezirke könnten dann ihre
508 Ordnungsaufgaben in diesem Bereich stärker als bisher wahrnehmen und konsequent
509 gegen die illegal aufgestellten Container vorgehen. Nicht zuletzt hat dies auch eine
510 erzieherische Wirkung: Wer illegal Boxen aufstellt und auf die Androhung von
511 Ersatzvornahmen statt mit dem Wegräumen nur mit einem Verschieben des Containers
512 reagiert, um die nächste Androhung abzuwarten, weiß zukünftig: uns ist es ernst mit
513 Ordnung und Sauberkeit.

514 **Zusammenfassung**

515 **Lebenssituation verbessert.** Die Auswirkungen des eingeleiteten Paradigmenwechsels
516 verbessern die Lebenssituation in der Stadt ganz konkret. Dem Dreiklang aus Stärkung der
517 Wirtschaft, Festigung der Sicherheit und einer ideologiefreien Bildungspolitik bleibt die
518 CDU-Fraktion Berlin auch weiterhin verpflichtet.

519 **Handfest und konkret.** Zwar verbessert sich die Situation für die Stadt, die Berlinerinnen
520 und Berliner ärgern sich in ihrem Alltag über viele Missstände, über handfeste Themen, die
521 in der Stadt nicht schnell oder gut genug umgesetzt werden. Berlin braucht (noch) mehr
522 Effizienz, Effektivität, Schnelligkeit und kreative Offenheit.

523 **Besseres Stadtmanagement.** Die Schnittstellen sind besser zu managen, denn in Berlin
524 besteht weniger stark ein Erkenntnisproblem als leider häufig genug ein
525 Umsetzungsdefizit.

526 **Verantwortung in Mitverantwortung.** Die Berliner sind eben nicht (nur) Verbraucher der
527 Stadt, wir nehmen sie als Produzenten der Stadt, als Gestalter und Entwickler ernst.

528 **Schnelle Verwaltung, guter Service.**

529 **Personal an den Bedarf anpassen.** Nach der notwendigen Abkehr vom „Dogma der
530 100.000“ müssen zusätzliche Stellen insbesondere dort geschaffen werden, wo die
531 Berlinerinnen und Berliner ihre Stadt „hautnah erleben“.

532 **Altersgerechte ÖD-Jobs schaffen.** Die Leistungswilligkeit der älteren Mitarbeiterinnen und
533 Mitarbeiter wird erhalten und gesteigert; auf deren Erfahrungen wird aufgebaut.

534 **Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen.** Wir benötigen Anreizsysteme für ein
535 neues und modernes Arbeitsklima, eine bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie
536 sowie Pflege.

537 **Führungs- und Unternehmenskultur entwickeln.** Eine Orientierung bestimmter
538 Organisationsverfahren an der Privatwirtschaft kann sinnvoll sein, wie beispielsweise bei
539 einem einheitlichen Personalentwicklungskonzept, einem professionellen
540 Personalmanagement oder elektronischen Weiterbildungsangeboten.

541 **Qualifizierte Fachkräfte.** Berlin braucht eine angemessene und kompetitive Bezahlung in
542 der Berliner Verwaltung. Wir sind erst zufrieden, wenn die Entgeltstrukturen und -höhen
543 in der Berliner Verwaltung als Zeichen der Wertschätzung wieder dem bundesweiten
544 Niveau angepasst werden.

545 **Bürgeramt als Schnittstelle.** Es bedarf einer besseren Organisation und einer
546 bedarfsgerechten Personalplanung der Bürgerämter. Sie sind nicht vorrangig aus der
547 Perspektive der Kosteneffizienz zu betrachten, sondern als Servicedienstleister.

548 **Shared Service.** Die organisatorische Zusammenfassung gewisser (administrativer)
549 Aufgaben fasst verschiedene Ressourcen, die vorher auf mehrere Einheiten verteilt waren,
550 zur gemeinsamen Nutzung zusammen.

551 **Technologiegetriebene Reform der Berliner Verwaltung.** Ab dem Jahr 2016 sind alle neu
552 angeschafften IT-Arbeitsplätze standardisiert. Die Verwaltungsprozesse sind basierend auf
553 den Möglichkeiten, die IT und Software bieten, neu zu denken und medienbruchfrei zu
554 gestalten.

555 **Die E-Akte muss kommen.** Die unzähligen Aktenwagen in der Berliner Verwaltung gehören
556 entsorgt! Denn nur mit der elektronischen Akte (kurz E-Akte) wird die Berliner Verwaltung
557 in die Lage versetzt, einen digitalen, einheitlichen und ganzheitlichen Blick auf die
558 Verwaltungsvorgänge zu haben.

559 **Digitale Verwaltungsangebote weiter ausbauen.** Zu den konkreten Verwaltungsverfahren,
560 die wir auch online anbieten möchten, zählen etwa die An- und Abmeldung von
561 Kraftfahrzeugen oder die Beantragung von Anwohnerparkausweisen.

562 **Bürgerkonten.** Wir fordern darüber hinaus die Einführung von Bürgerkonten, um eine
563 ganzheitliche und einheitliche Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung
564 sicherzustellen.

565 **E-Government-Gesetz.** Die vor kurzem erfolgte Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes
566 im Senat ist ein wichtiges und gutes Signal in die richtige Richtung. Diesen werden wir im
567 Interesse einer Stärkung der zentralen Steuerung der Digitalisierung und der IT-Sicherheit
568 überarbeiten. Wir setzen uns auch in diesem Zusammenhang für den konsequenten
569 Ausbau der Open-Data-Initiative ein.

570 **Funktionierendes Berlin – Verkehrslenkung und Baustellenkoordination**

571 **Hausgemachte Probleme bei der Verkehrslenkung.** Bei der Verkehrslenkung Berlin erleben
572 wir, welche schweren Folgen sich vor Ort ergeben, wenn die Schnittstellen verschiedener
573 staatlicher Institutionen nicht reibungslos ineinandergreifen.

574 Evaluation. 11 Jahre nach Gründung muss die Verkehrslenkung Berlin in ihrer
575 organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung überprüft werden. Eine solche
576 Evaluation würdigt Abläufe und Aufgaben kritisch, berücksichtigt aber auch
577 Bestenvergleiche mit anderen Städten.

578 Neues Selbstbild. Ein Paradigmenwechsel bei der Verkehrslenkung ist notwendig: von
579 einer Genehmigungsbehörde zum Dienstleister.

580 Personalkonzept. Die Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt sind der geeignete aber
581 auch späteste Zeitpunkt, um die Personalausstattung der VLB und der Tiefbauämter der
582 Bezirke bedarfsgerecht auszugestalten.

583 Aufgabenkritik. Viele kleinteilige Projekte der zentralen Einheit kosten Zeit, die für die
584 eigentliche Verkehrslenkung im Sinne der Verkehrsbeschleunigung und intelligenten
585 Verkehrsführung zur Verfügung stehen könnte. Wir wollen aufgabenkritisch
586 Neuvorschläge von Zuständigkeiten umsetzen und wenn notwendig auch bestehende
587 Landesregelungen mit dem Ziel effizienterer Abläufe anpassen.

588 **Zusammenarbeit mit den Bezirken.** Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist
589 aufgerufen, im Einvernehmen mit den Bezirken und den Bezirksämtern zu definieren, wer
590 welche Aufgabe übernehmen kann, um Abläufe zu strukturieren und Entscheidungen wie
591 Verkehrsanordnungen zügiger treffen zu können.

592 **Bestandsaufnahme, im Anschluss Umsetzung.** Der Zustand der Straßen ist detailliert zu
593 erfassen und zu bewerten. So können Handlungsfelder definiert werden.

594 **Verkehrslenkung 2.0.** Über die Ampeln wäre eine gesamtstädtische Vernetzung möglich,
595 die zu verkehrsabhängig gesteuerten Ampelschaltungen und damit Verkehrsflüssen
596 führen kann. Die Digitalisierung kann intelligente Alternativroutensteuerungen
597 (dynamische Wegweisung) für ausgewählte Gebiete bzw. Strecken bei Überlastungen oder
598 Störungen implementieren.

599 **Digitalisierung gut für den ÖPNV.** Die mangelhaften Ampelschaltungen führen momentan
600 nicht nur zu unnötig viel Fahrzeit, sondern kosten der BVG Millionen und schädigen die
601 Umwelt.

602 **Grüne Wellen statt roter Wellen.** Auf den Magistralen Berlins soll gelten: Die Reifen sollen
603 rollen, alle Ampeln auf Grün („grüne Welle“) statt Stopp & Go und Dauerstau.

604 **Schilderwald lichten.** Die vielen Straßenschilder führen zu mehr Unübersichtlichkeit und
605 Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern. Nach einer Verkehrsschau sollen überflüssige
606 Schilder abgebaut werden.

607 **Schlaglöcher stopfen.** Die Finanz- und Verkehrsverwaltung sind aufgefordert, endlich für
608 einen vollständigen Mittelabfluss und damit sinnhafte Schlaglochanierungen im Jahr 2015
609 Sorge zu tragen.

610 **Erst anfragen – dann aufreißen.** Bauanträge gewinnen durch die engere Verzahnung der
611 Verkehrslenkung mit den Antragstellern an Qualität, Entscheidungen können schneller
612 getroffen werden.

613 **Bauen mit Bonus.** Schnelles Bauen auch durch Nachtbaustellen ermöglichen. Wenn es
614 schneller geht als vereinbart, soll es regelmäßig Bonus-Zahlungen geben.

615 **Funktionierendes Berlin – Berlin ist einfach sauberhaft**

616 **In Sicherheit und Ordnung leben.** Eine saubere Stadt erhöht die Lebensqualität. Straßen,
617 Plätze und Grünanlagen sollen sauber und intakt sein.

618 **Ordnung und Sauberkeit geht jeden etwas an.** Der zuständige Senator für
619 Stadtentwicklung und Umwelt muss alle Akteure zusammenführen und einen (!)
620 gemeinsamen (!) Aktionsplan ausarbeiten, wie die Reinigung und Pflege öffentlicher
621 Infrastruktur verbessert werden kann. Dieser Plan soll noch im Sommer 2015 Wirkung
622 entfalten.

623 **Gepflegtes Straßengrün.** Weniger relevant ist aus Bürgerblick, welche öffentliche
624 Institution auf Bezirks- oder Landesebene diese Aufgabe übernimmt. Die Schnittstellen
625 der Zuständigkeiten zwischen BSR und bezirklichen Grünflächenämtern müssen dabei
626 neu, klar und einfach geregelt werden.

627 **Grünflächenämter in den Bezirken.** Die vom Senat zugewiesenen Gelder für
628 Grünflächenpflege in den Bezirken sind auch dort verbindlich einzusetzen und auf den
629 nachgewiesenen Bedarf zu erhöhen sowie die Übernahme von ausgebildeten Gärtnern und
630 Neueinstellungen vom Senat zuzulassen, wenn die Bezirke dies finanzieren können.

631 **Bußgelder für Schmutzfinken.** Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir personell in die
632 Lage versetzen und so ausstatten, dass Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Sauberkeit
633 wirksam geahndet werden können.

634 **Öffentliche Eigentümer als Vorbild.** Graffiti, illegale Plakate und zerbrochene Scheiben an
635 städtischen Gebäuden (einschließlich landeseigener Betriebe und
636 Wohnungsbaugesellschaften) sollen nach Möglichkeit binnen 24 Stunden beseitigt
637 werden.

638 **Verantwortung in Mitverantwortung.** Großen Respekt vor dem vielfältigen
639 bürgerschaftlichen Engagement verschiedenster Initiativen, die sich in Mitverantwortung
640 engagiert für ein höheres gesellschaftliches Bewusstsein für mehr Sauberkeit in der Stadt
641 kümmern.

642 **Service in the City finanzieren.** Die CDU-Fraktion Berlin erwartet von der
643 Stadtentwicklungsverwaltung die auskömmliche Finanzierung des Projektes im
644 anstehenden Haushaltsplanentwurf.

645 **Ich bin Pate.** Bestehende bezirkliche Patenschafts-Initiativen für Stadtbäume und
646 öffentliche Grünflächen werden stärker unterstützt und entbürokratisiert.

647 **Schmutz-App und Internet-Plattform.** Alte Ärgernisse können auch mit neuerer Technik
648 begegnet werden. Das unterstützt die Verwaltung und sorgt für zusätzliche Transparenz.

649 **Eimer ist immer für Sie da.** Moderne Müllentsorgungsanlagen, Unterflurbehälter und mehr
650 Leerungen sorgen bei Mülleimern (und um sie herum) für mehr Sauberkeit.

651 **Altglas-Sammelstellen – sauber und im Holsystem.** Die haushaltsnahe Entsorgung soll
652 beibehalten werden und ist zu stärken. Sie hat sich bewährt, wirkt der Vermüllung von
653 sogenannten Iglu-Standorten entgegen und fördert die Verwertungsquote.

654 **Kleidersammelboxen – legal statt illegal.** Die ehrlichen Sammler wollen wir aus dem
655 Zwielicht herausholen und öffentliche Orte zur Sammlung schaffen. Illegale Container sind
656 kurzfristig aus dem Stadtbild zu entfernen. Ein Verbot der Sammlung auf öffentlichen
657 Straßenland wie auf Privatgelände analog zum wilden Plakatieren ist auszusprechen.

